

PM Nr.91-05 vom 31.08.2005

Widerstand gegen Wiederbelebung der Atomkraft

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren erneut die Absichten der Union, den Ausstieg aus der Atomenergie zu stoppen. Anlass sind die heute bekannt gewordenen Äußerungen des CDU-Beraters Heinrich von Pierer, die Laufzeit von Atomkraftwerken auf 60 Jahre zu verlängern. "Das ist eine Provokation eines atompolitischen Hasardeurs gegenüber allen Kritikern und ökologisch denkenden Menschen in Deutschland", so Landesvorsitzender Ralf-Peter Weber.

Die Union missachte, dass die Mehrheit der Bevölkerung Atomenergie ablehne. Weber verwies in diesem Zusammenhang auf schlechte Erfahrungen, die Sachsen-Anhalt in Sachen Atommüllendlager Morsleben einst mit einer Angela Merkel gemacht habe.

Die Geschichte: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) wurde bereits zu DDR-Zeiten und von 1990 bis 1998 bundesweit für mittel- und schwachradioaktiven Abfall benutzt. Doch aufgrund der mangelhaften Standfestigkeit (Löserfall – d.h. Deckeneinsturz) und der ungenügenden geologischen Barriere geht vom Endlager Morsleben die reale Gefahr der Freisetzung von Radioaktivität aus. 2001 stürzte ein 4.000 Tonnen schwerer Salzbrocken von der Decke eines Hohlraumes. Es gibt mehrere Wasserzuflussstellen, so dass über das eindringende Wasser Radioaktivität nach außen transportiert werden könnte. Obwohl in Zeiten der Kohl-Regierung auf die gefährliche Unsicherheit des ERAM immer wieder hingewiesen wurde, hatte die damalige Bundesumweltministerin namens Angela Merkel den Weiterbetrieb angewiesen.

Anmerkung: Bis heute gibt es weltweit kein einziges, sicheres Endlager, aber der strahlende Atommüll steigt tagtäglich an. Mittlerweile haben sich etwa 250.000 Tonnen weltweit angesammelt. Nach Berechnungen des Bundesamtes für Strahlenschutz würde eine Laufzeitverlängerung von nur acht Jahren die Menge an radioaktivem Abfall in Deutschland um 3.400 Tonnen anwachsen lassen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Atomenergie mit ihren großen Unfallrisiken und der nach wie vor ungeklärten Entsorgung der radioaktiven Abfälle ab und plädieren für sichere und beherrschbare Technologien. Weber: "In Sachsen-Anhalt gibt es keine Atomkraftwerke, trotzdem wird mehr Strom produziert, als im Land gebraucht wird. Die Volkswirtschaft kommt gut ohne Atomkraftwerke aus."

© BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Quelle:
<http://www.gruene-sachsen-anhalt.de/>